

Brauer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geschäftsbesprechungen sind zu richten an G. Kagerl; — Zeitsammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg.
Sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277.
Redaktion: F. Krieg, Hannover.
Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 M., für das Ausland 2 Mark pro Quartal.
Inserate kostet die sechsgepaltene Zeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Verlin, Chriftburgstraße 26. — Vorsitzender der Reichstags-Kommission: L. Eidel, Frankfurt a. M., Höhenstraße Nr. 32.
Vorsitzender der Prof.-Kommission: O. Brandt, Studien-Hannover, Mittelstraße 20, 1. Etage.

Nr. 45. Hannover, den 9. November 1900. 10. Jahrgang.

Kollegen, werbet unablässig und mit Ruhe und Ueberlegung neue Mitglieder! Ein jedes Mitglied muß Agitator sein!

Hinter den Koulissen!

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie“, versicherte vor etlichen Jahren der verfloffene Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr v. Bötticher, den Hamburger Industriellen bei einem Festschmause. Der Mann mußte es wissen, und er hat die Wahrheit gesagt. Die Reichsregierung ist tatsächlich nur der Kommiss — ach sagen wir — der Bediente der Großindustriellen. Die Regierung besorgen die Großindustriellen selbst da, wo es sich um die Unterdrückung, um die Ausbeutung der arbeitenden Klasse handelt.

Die Regierung soll über den Parteien stehen und die Maßnahmen einleiten und fördern, welche zum Wohle des Ganzen dienen. Wie sie oder einzelne verantwortliche Personen aus ihr dieses verstanden und befolgt haben, darüber giebt uns ein Vorgang Zeugnis, der jetzt aus dem nächtlichen Dunkel an das Tageslicht gezogen wurde; die Koulissen sind entfernt und wir sehen die Reichsregierung in ihrer ganzen und großen Parteilichkeit als Helfershelfer der rücksichtslosten Ausbeuter zur Unterdrückung der Arbeiter.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte vor Kurzem folgendes interessante und charakteristische Schreiben:

Zentralverband deutscher Industrieller.
Berlin, den 3. August 1898.
Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 M. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrath Jende, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigenartige Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrath Jende hat für die Firma Krupp 5000 M. zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.
gez. A. G. Sued.

Von der „gütigsten“, namentlich von der konservativen, agrarischen und Zentrums-Presse ist zunächst der Versuch gemacht worden, die Echtheit des Briefes zu bestreiten. Dieser Versuch ist gescheitert. Der Brief ist echt. Nachdem einige Tage hindurch die oppositionelle Tagespresse, selbst die führenden Organe der National Liberalen, von dem Reichsamt des Innern und insbesondere von dem Vorsteher desselben, dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, dringend Aufklärung verlangt hatte, erschien in einer Extraausgabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ folgende Erklärung:

In Nr. 245 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. d. M. (Oktober) findet sich ein angeblich von dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller herrührendes Schreiben abgedruckt, an welches die „Leipziger Volkszeitung“ heftige Angriffe gegen das Reichsamt des Innern richtete. Zur Klarstellung der Thatsachen wird folgendes bemerkt:

Gegenüber den zum Theil sehr tendenziösen Entstellungen in der Öffentlichkeit erschien es weiten Kreisen, insbesondere aus der Industrie, nach der Ende Juni 1899 im Reichstag vollzogenen ersten Lesung des Gesetzesentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen unbedingt notwendig, an der Hand des amtlichen parlamentarischen Materials des Reichstages die öffentliche Meinung möglichst umfangreich darüber aufzuklären, welche Thatsachen die Einbringung dieses Gesetzesentwurfs veranlaßt hatten und welche Gründe von den Vertretern der Regierung bei der Verteidigung des Gesetzesentwurfs im Reichstag beigebracht worden sind. Zu diesem Zweck wurden Auszüge aus der Begründung des Gesetzesentwurfs beigegeben, das amtliche Material enthaltenden Denkschrift, sowie der stenographische Wortlaut von Reden, die bei der Verhandlung des Gesetzesentwurfs im Reichstag von Regierungs-Vertretern gehalten worden waren, in zahlreichen Exemplaren provinzialen Blättern beigelegt auf Anregung und durch Vermittelung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. von Woedtke, hat der Generalsekretär eine Summe von 12 000 Mark zur Verfügung gestellt; diese ist zur Deckung der Druckkosten verwendet worden, die durch die Wiedergabe des oben bezeichneten amtlichen Materials entstanden sind. Ueber die Herausgabe der Summe bezieht sich die Verbreitung des bezeichneten in den Druckgängen des Reichstages bereits niedergelegten amtlichen Materials befindet der genannte Beamte unzulängliche Belege.

Als im vorigen Jahre die Zuchthausvorlage ungeliebten Angebens die Gemüther erregte, das ganze Volksleben aufwühlte, als man durch das Zuchthaus-

gesetz zum „Schutze der Arbeitswilligen“ tausende und hunderttausende ehrlicher Arbeiter, welche sich des Verbrechens schuldig machen sollten, für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten, ins Gefängnis und Zuchthaus sperren wollte, da hieß es im Chorus der Ausbeuter und — der Vertreter der Regierung — der unparteiischen Hüterin des Rechtes —, in der Presse und im Reichstag, daß der Gesetzesentwurf im Interesse der Arbeiter selbst liege, daß dieser Schutz von den Arbeitern selbst gefordert werde. So sehr diese Behauptung die bewußte Heuchelei schon damals an der Stirne trug und von Niemandem, auch nicht von den Ausbeuterinteressenten und deren „Handlangern“ geglaubt wurde, so wurde sie doch von eben diesen mit einer Partnäckigkeit vertreten, die einer besseren Sache würdig wäre. Heute sehen wir, wie es gemacht wird, wie die Regierung gegen klingende Entschädigung für ihre Auslagen und Arbeit sich in den Dienst der Ausbeuter stellt und die „öffentliche Meinung“ nach deren Sinn im Schweitze ihres Angesichts fabrizirt. Hand in Hand mit den Großindustriellen ist die Regierung gegangen und hat mit der „rühmlichst bekannten“ Denkschrift und den Regierungsreden im Lande Bauernfang getrieben. Die Regierung hat den „Geist“ geliefert und die Großindustriellen das „Geld“, um das Zuchthausgesetz, in welchem ja bekanntlich „Licht und Schatten gleichmäßig“ vertheilt war — wenn auch das Gleiche, das den Unternehmern gestattet, bei den Arbeitern mit Zuchthaus bestraft werden sollte — zum Gesetz zu erheben. Was hat nicht Alles der „christliche“ Zeitschriftenverlag von Pastor Hülle — aus ähnlichen Quellen entnimmt auch die „Bundes-Zeitung“ ihr Material — an Beschimpfung des ehrlichen Arbeiters und an Stimmungsmache für das Zuchthausgesetz geliefert! In den „Amts“-Blättern und Zeitungen ähnlichen Kalibers wurden die schönsten Schauerromane über Vergewaltigungen „friedliebender“ Arbeitswilliger — wenn es auch oft genug Messer- und Revolverhelden waren — durch Streikende veröffentlicht, hergestellt aus den amtlichen Reden der Regierungsvertreter und dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit von Polizeibeamten herbeigeschafften Material der Regierung. Diese Schauerromane wurden unter Anleitung von Beamten des Reichsamts des Innern dieser „Presse für Alles“ zum Abdruck überwiesen und die Kosten des Abdrucks von den von dem Zentralverband deutscher Industrieller vom Reichsamt des Innern erbettelten 12 000 M. bestritten. Ja, die „soziale Fürsorge“ unserer Regierung für die arbeitende Klasse geht weiter, als sich manche Schulweisheit träumen läßt. Das von den Arbeitern, als Staatsbürgern 5. Klasse, verdiente, von ihrem Schweiß und Blut gemünzte, vor den Unternehmern großmüthig der Regierung ausgelieferte Geld mußte dazu dienen, die „öffentliche Meinung“ zu machen, um für die ausgebeuteten Arbeiter neue gesetzliche Fesseln zu schmieden, damit sie leichter niedergehalten und noch besser ausgebeutet werden können. Und das thut die Regierung der „Sozialreform“? Diese Worte und diese Thaten? Es ist für die Arbeiter nichts Neues!

Die hier in Betracht kommenden verantwortlichen Personen der Regierung, welche so dienstbeflissen den Großindustriellen gegenüber sich zeigten, sind der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky und seine „rechte Hand“, Direktor im Reichsamt des Innern Herr v. Woedtke. In der vorigen Nummer der „Brauer-Zeitung“ haben wir berichtet, wie die für uns über allen Zweifel erhabene Gesetzesübertretung bezügl. der Sonntagsruhe, resp. die deswegen von uns gemachte Eingabe von diesen selben Herren „geprüft“ und „beschieden“ worden. Für solche „nebensächliche“ Dinge zum Schutze der Arbeiter, die für uns so wichtig sind und worunter eine große Zahl Brauereiarbeiter dem Reichsgesetze zuwider leiden, scheint kein Interesse vorhanden zu sein, sonst hätte der Ausgang der Eingabe wohl ein anderes Resultat gezeitigt. Ja, wenn wir auch 12 000 M. zum „besseren Nachdenken“ unseres nur zu gerechten Verlangens zur Verfügung stellen könnten, dann ließe sich vielleicht etwas Positives erzielen. Oder doch nicht? Denn wir sind ja nicht

der „Zentralverband deutscher Industrieller“, dem die Regierung ihre Dienste anbietet, und folglich auch nicht berechtigt, eine erbetene Unterstützung zu verlangen. Doch der Einfluß des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ reicht noch auf andere Gebiete hinüber zur Schädigung und Unterdrückung der Arbeiter. Hinter den Koulissen spielen sich noch andere Dinge ab. Nachgewiesenermaßen ist die beabsichtigte Verschlechterung des Krankenversicherungsgesetzes für die Arbeiter der Initiative dieser selben Unternehmergruppe entsprungen. Genau in deren Sinn „arbeiten“ auch Geheimräthe der Regierung in dieser Angelegenheit. Ferner übt diese Unternehmergruppe Hand in Hand mit den Agrariern ihren unheimlichen Einfluß aus, um bei dem nächsten Abschluß der Handelsverträge eine ungeheure Steigerung der Zölle auf Getreide, wie auch im Besonderen auf Braumaterialien herbeizuführen. Die Arbeiter würden dadurch in hohem Maße geschädigt und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Regierung auch in dieser Beziehung den Ausbeutern Gehör und Hilfe leiht. Auch hier könnte man auf den Glauben kommen, daß bei der beabsichtigten Brotvertheuerung die Agitation dafür die — Interessenten halbpfort bezahlen. Und wem will man zumuthen, nach diesen Vorkommnissen das Gegentheil zu glauben?

„Wir arbeiten ja nur für Sie“, sagte Herr von Bötticher; Herr v. Posadowsky ist genau in seine Fußtapfen getreten, und wenn Herr v. Posadowsky und sein Ablass, Herr v. Woedtke, ob dieser skandalösen Affäre „gehen“ sollten, so besteht kein Zweifel darüber, daß derselbe Faden im Reichsamt des Innern weiter gesponnen wird, ob mit oder ohne Trinkl-, pardon — Agitationsgeldern. Die Regierung stellt sich ganz selbstverständlich und bedingungslos auf die Seite der Reichen und hilft diesen, die Arbeiter zu unterdrücken. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich dieses Vorkommnisses merken: sie hat jetzt offenliegende Beweise dafür, daß es Schwindel ist, wenn von einer unparteiischen Regierung gesprochen wird. Es wird dieses für die Arbeiter eine Mahnung sein, sich nur auf ihre eigene Kraft zu verlassen und nur Vertrauen zu sich selbst zu haben, ihre Geschicke immer mehr selbst in die Hand zu nehmen.

Wie dieser skandalöse Fall in der Presse beurtheilt wird, richtet sich ganz nach deren Parteilichkeit. Nur in der sozialdemokratischen und demokratischen Arbeiterpresse wird er gebührend kritisiert und verurtheilt. Die mehr oder minder im Dienste des Unternehmertums stehende Presse giebt sich alle Mühe, zu leugnen, zu beschönigen oder zu schimpfen. Das ist nichts Neues! Interessant und lehrreich zugleich ist aber, wie eine sich „Arbeiterorgan“ nennende ultramontane Zeitung, die „Essener Volkszeitung“, darüber urtheilt:

„Wir betrachten, wie gesagt, als den schlimmsten Punkt in diesem Vorgange die Handhabe, welche den sozialdemokratischen Agitatoren geboten wird. Sie sagen nun und werden es bei jeder Gelegenheit wiederholen, daß die Regierung sich in den Dienst der kampflustigen Industriellen gestellt habe. Eine Wiederannahme der Gesetzgebung dieser Art wird nunmehr sehr erschwert werden.“

Also nicht der auf diese unerhörte Weise unternommene Versuch der Streikung und Rechtslosmachung der Arbeiter wird von dem „Arbeiterorgan“ bedauert und verurtheilt, sondern daß die Wiederaufnahme der Gesetzgebung dieser Art durch das Bekanntwerden dieses Falles erschwert wird.

Es giebt noch mehr „Arbeiterorgane“ dieser Sorte und nicht nur auf katholischer Seite. Es ist gut, daß diese Arbeiterorgane hin und wieder gezwungen werden, Farbe zu bekennen und sich dabei im Dienste der nackten Unternehmerinteressen stehend präsentiren, wenn die Koulissen entfernt sind. Auch hieraus werden die Arbeiter ihre Nutzenanwendung ziehen.

Korrespondenzen.

Andach. Ueber einen Akt christlicher Nächstenliebe ist von hier zu berichten. Aus dem Hofbrauhaus wurde vor ungefähr halbjährlicher Zeit ein Kollege ohne jeden Grund entlassen, nachdem man ihn vorher genug gütlich hatte, als er die noch nicht „von der Kultur beledeten“ Arbeits- und Wohnverhältnisse

nisse der Brauerei in einer Versammlung geschildert hatte, um die Kollegen zur Organisation und zum Anfang zur Besserung zu bewegen. Der Kollege hat sich eine andere Beschäftigung gesucht, da er in den Ansbacher Brauereien keine Arbeit mehr erhält. Kurzlich äußerte sich der Besitzer vom Hofbrauhaus, Herr Kraker, nun gelegentlich über die Ursache, warum der Kollege keine Arbeit mehr erhält. Er sagte: „Für den habe ich hier gesorgt und in anderen Städten auch, daher in kein Geschäft mehr hineinkommt und überhaupt als Brauer keine Arbeit mehr bekommt.“ (1) Wenn Herr Kraker auch seinen Einfluß übersehen und ein wenig mehr zu renommieren scheint, so ist doch jedenfalls ein erheblicher Teil Wahrheit daran, mindestens soweit es sich auf Ansbach und vielleicht auch die Umgebung bezieht, und das hätten wir ja die schriftliche Nachweise in heller Beleuchtung und in Herrn Kraker wieder einen Zuchthaus-Kandidaten nach dem Ausspruch: „Ins Zuchthaus mit Dem, der einen Anderen an freiwilliger Arbeit hindert.“ Uebrigens scheint eine Arbeitsordnung für die Ansbacher Brauereien zu bestehen, da neulich der Herr Fabrikinspektor hier war und verschiedene Herren Besitzer daraufhin jedenfalls zum Zwecke der Bekämpfung einer solchen zusammenkamen. Wären die Kollegen alsdann nur Acht geben, daß es was Gutes ist, wird, da sie sich auch dazu zu äußern haben, und mögen sie dann auch aufpassen, daß die Arbeitsordnung auch eingehalten wird. Und damit die Kollegen dazu in der Lage sind, ist vor allen Dingen eine starke Organisation notwendig.

Wärmen. Sonntag, den 21. v. M., tagte im Hotel Gegele, Unterharmen, eine öffentliche Versammlung, die leider ziemlich schwach besucht war, und waren es namentlich die warmer Kollegen, die durch Abwesenheit glänzten. G. Haberland hielt einen Vortrag über: „Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen.“ In treffender Weise führte er der Redner den Anwesenden vor Augen, wie die Unternehmer eifrig bestrebt sind, durch Ringe und Kartelle die Preise für sämtliche Bedarfsartikel ins Ungemeine zu steigern, auf der anderen Seite aber jede Bewegung der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage zu unterdrücken suchen. Nur freigeschlossene Arbeiter-Organisationen könnten hier Wandel schaffen. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion verurteilte Kollege auf den schlechten Besammlungsbesuch. Ein derartiger Vortrag müßte die Kollegen gerade veranlassen, die Versammlung in Massen zu besuchen, denn auch die Brauereigewaltigen von Oberfeld-Wärmen hätten es bisher verstanden, durch ihren stetigen Regang der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage zu unterdrücken und durch allerlei Hinterzünge die Organisation ihrer Ausbreitung zu hemmen. Das letztere sei aber nur durch die Interesslosigkeit der meisten Kollegen möglich gewesen, und so fänden wir heute, daß in diesen beiden industriellen Städten, — welche eigentlich an der Spitze stehen sollten — sowohl die Lohn- wie auch die Arbeitsverhältnisse schlechter sind, als in den kleineren Orten der Umgebung. An eine Besserung sei aber nur dann zu denken, wenn die Kollegen sich alle der Organisation anschließen. Als Revisor zur Prüfung der Rasse des rheinisch-westfälischen Agitationskomitees wurden die Kollegen Müller-Wärmen, Kroll und Schärer gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab die Wärdler-Brauerei wieder zu Klagen Anlaß. Der erste Bierfieber, Kammel mit Namen, legt die letzte Zeit seinen Pumpapuz gegenüber wieder ein Verhalten an den Tag, das wohl noch in einem Kasernehof oder in Kleiwerten Sibiriens üblich sein mag, aber für einen freien Arbeiter oder aller Kritik ist. Um sich ein Bild von diesem eigenartigen Unteroffizier zu machen, muß man bedenken, daß dieser Herr früher öfters bei einer Schicht 2, 3, auch 4 Pumpapuz nötig hatte. Als dann von Seiten der Organisation eingeschritten wurde, trat eine kleine Besserung ein. Nun scheint es, will er als eifriges Bundesmitglied den Kollegen die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit durch Wiederaufnahme seiner Privilegien vor Augen führen. Wir möchten dem Herrn mit rathen, sich in Zukunft etwas zu nützen und lieber vor allen Dingen seiner Arbeit besser nachzukommen — denn das kommt es sehr oft — sonst würde es leicht der Fall sein, daß er denselben Weg gehen muß, den durch ihn schon viele Andere haben gehen müssen. An Material fehlt es uns nicht, wenn wir bisher keinen Gebrauch davon machten, geschah es lediglich aus Müdigkeit auf seine Familie. Auch über den Hausbrand wurde Klage geführt, da sehr oft Retourbier und Borlausbier zum Ausschank gelangt, welche letzteres so wässrig ist, daß es kein bischen Schaum hält. Offenlich genügen diese Feilen, um hier Wandel zu schaffen, anderenfalls müßten wir uns noch näher damit beschäftigen. Man sollte glauben, solche Verhältnisse müßten die Kollegen geradezu in die Organisation treiben, aber leider lassen noch viele lieber Vergnügen nach, als sich um die Organisation und die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kümmern. Hoffen wir, daß dies in Zukunft besser wird.

Frankfurt a. M. Am Sonntag, den 23. Oktober, fand im Saale von A. Lehr, Dainernweg, eine öffentliche Versammlung aller in Brauereien beschäftigten Personen statt mit der Tagesordnung: Vortrag über Massenkampf und Klassenbewußtsein von Herrn Arbeiter-Sekretär Karl Müller-Frankfurt. Redner erzielte am Schluß seines lehrreichen Vortrages reichen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt, nur wurde der Vorsitzende, Kollege Büttich, von Wärdler glauben, in den Brauereien herrsche die schlimmsten Zustände, was aber leider nicht der Fall ist. Redner forderte die Kollegen, welche noch nicht dem Verbande angehören, auf, sich in die zirkulierende Liste einzuschreiben, was auch von mehreren Kollegen beherzigt wurde. Ebenso wurde auf das Abkommen der „Vollstimmigen“ aufmerksam gemacht, da diese hier allein die Interessen der Arbeiter vertritt. Auch wurde zum Beitritt in den Konsumverein aufgefordert, was von mehreren verdienstlichen Kollegen beherzigt wurde. Hiernach trat Schluß der leidlich besuchten Versammlung ein.

Pelle. Am Sonntag, den 21. v. M., tagte bei Gastmann eine sehr mäßig besuchte Versammlung, in der Galdenberg im 1. Punkt das Brauereiarbeitergesetz behandelt wurde. Im 2. Punkt wurde die Abrechnung vom 3. Quartal gegeben, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im 3. Punkt lasen die Lohnverhältnisse zur Sprache. Es wurde dabei bemerkt, daß verschiedene Brauereien wohl der Mindestlohn zahlen, aber bei der Lohnzahlung die Rente, so mit oder ohne Abzug, Übergang haben, welche bisher schon besser bezahlt wurden, und sollen in dieser Angelegenheit die Brauereien seitens der Lohnkommission angehalten werden, das hier Berührung nachzugehen. Im 4. Punkt Verschiedenes kam die so nicht in befriediger Weise behandelte Lohnfrage zur Sprache, auch soll in dieser Angelegenheit die Stellung der Galdenberger Arbeiter-Kommission demnächst aufgeführt werden. Hiernach wurde auf die am 4. November stattfindende Brauereiarbeiter-Versammlung, in der die Lohnverhältnisse zu behandeln, aufmerksam gemacht, wobei, es folgte 1/3 Uhr Schluß der Versammlung.

Leipzig III. (Mittwoch und Donnerstag) Am 23. Oktober hielt die Section ihre erste Mitglieder-Versammlung im Germania-Saal. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Einträge von neuem in den Verband; 4. Jahres-Bericht über den Verlauf des Jahres. Die Mitgliederzahl betrug 27. Die Aufnahme neuer Mitglieder wurde beschlossen, und es wurden 10 neue Mitglieder aufgenommen. Der Bericht des Vorstandes wurde angenommen, und es wurde beschlossen, die Mitgliederzahl zu erhöhen. Die Aufnahme neuer Mitglieder wurde beschlossen, und es wurden 10 neue Mitglieder aufgenommen. Der Bericht des Vorstandes wurde angenommen, und es wurde beschlossen, die Mitgliederzahl zu erhöhen.

mann), als Revisoren: Jden, Witt und Biert, als Kartellbelegte: Funz und Jden. Die Wahl der Lohnkommission wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Dann wurde beschlossen, daß sich die Section dem Vereinsbureau anschließen. Zwecks besserer Kontrolle wird nach beendeter Debatte beschlossen, zwar das bisherige Vertrauensmännersystem beizubehalten, aber jedem Mitglied eine Kontrollkarte zu verabfolgen, welche dasselbe statt des Mitgliedsbuches stets bei sich zu führen hat. Mit einem Appell des Kollegen Staats an die Anwesenden, für die neue Section zu agitieren und mit einem dreimaligen Hoch auf dieselbe erfolgte Schluß der Versammlung.

Kempten. Am Montag, den 21. Oktober, tagte hier „Zum goldenen Hähel“ eine öffentliche Brauer- und Brauereiarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: Die Lage der Brauereiarbeiter und wie ist dieselbe zu verbessern. Referent Kollege Schrambs-München. Derselbe schilderte die überlange Arbeitszeit in den Kemptener Brauereien, die schlechte Bezahlung und oft nicht gute Behandlung der Arbeitnehmers von Seiten ihrer Vorgesetzten. Ferner schilderte er die Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel, wie Mehl, Salz, Fleisch, Holz, Steinkohlen u. s. w. und da der Arbeiter nicht im Großen einkaufen kann, so muß er Alles recht theuer bezahlen. Aber wenn er sich um seine Lebenslage begibt, um die Besserung seiner Verhältnisse selbst nicht kümmert, freiwillig giebt ihm der Unternehmer seinen Feind mehr. Darum wäre es auch höchste Zeit, daß eine gute Organisation hier am Orte geschaffen würde, um auch hier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Abneigung in den größeren Brauereien zwischen 60 bis 70 Mk. pro Monat und die Arbeitszeit oft 14, 16 und 18 Stunden, ja sogar, wenn Ueberstunden gemacht werden, 20 Stunden, aber auch nicht eine einzige Ueberstunde wird bezahlt. Dieses ist in der Aktienbrauerei. Auch sind 28 bis 30 Mann beschäftigt gewesen, wo weniger ausgeföhren wurde als jetzt, wo nur noch 21 bis 22 Mann dort beschäftigt sind. An der Diskussion theilnahmte sich ein Gewerkschafts-Delegierter Jagemann; er unterzog das Gebahren der Unternehmer einer scharfen Kritik und erklärte, wenn die Brauer und Brauereiarbeiter sich fest organisieren, wird der Gewerkschaftsverein in den Kleinbrauereien ist 5, 6, 7 bis 9 Mark und Kost. Die Kollegen der Brauereien in Kempten haben in der Resolution versprochen, den Verband hochzuhalten und will jeder Agitator sein, bis der letzte Brauereiarbeiter auch dem Verbande angehört und dann werden sie sich nicht mehr hindern lassen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Kiel. (Section der Brauer.) Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung fand am 20. v. M. in „Stadt Flensburg“ statt. Tagesordnung: Aufnahme, Vortrag über Berufsvereine im Braugewerbe, Bericht vom Kartell, Abrechnung vom 3. Quartal, Bericht vom Vergnügungskomitee, Einziehung der Beiträge, Verschiedenes. Bevor in dieselbe eingetreten wurde, ehrten die Anwesenden das Andenken Wegrauthers durch Erheben von den Plätzen. Sodann ließ sich ein Kollege aufnehmen. Leider war unser Referent Herr Dr. Weiß verhindert und mußte somit vom 2. Punkt Abstand genommen werden. Im 3. Punkt erstattete Kollege G. Bericht vom Kartell. Nachdem der Kassierer Kollege A. die Abrechnung mitgeteilt und die Revisoren Alles für richtig befunden erklärt, erfolgte Dechargeerteilung. Sodann erstattete Kollege G. Bericht vom Vergnügungskomitee. Es wurde beschlossen, daß eingeführte Personen von Verbandsmitgliedern einen Eintritt von 50 Pf., Andere hingegen 1 Mk. zu entrichten haben. Kollegen, die nicht Mitglied des Verbandes sind, haben keinen Zutritt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte um halb 12 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

Reipzig. Am Sonntag, den 21. Oktober, fand in „Stadt Hannover“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Im 1. Punkt „Arbeitsnachweis“ theilte Kollege Reischer mit, daß ein Schreiben vom Vorsitzenden des Verbandes Leipziger Brauereien eingegangen sei, worin angeführt wird, daß am 23. Oktober eine Sitzung stattfinden wird, welche sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Das Resultat solle sofort mitgeteilt werden. Die Versammlung beschließt, am Sonnabend, den 27. Oktober, eine Versammlung abzuhalten, die sich dann eingehend mit dem Arbeitsnachweis zu beschäftigen hat. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Kollege Reischer. Die Revisoren, Kollegen A. und W., bestätigten die Richtigkeit derselben und wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Kollege Bäcker. Die Versammelten erklärten sich mit der Thätigkeit des Kartells einverstanden, und wurde Kollege Bäcker als Delegierter wieder gewählt. Darauf wurden die Arbeitsverhältnisse der Brauerei Riebeck u. Co. einer scharfen Kritik unterzogen. Dasselbst müssen die Mäler von früh 2 bis 8 Uhr und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr arbeiten. Wird ein Kollege krank, so wird kein Ersatz geschaffen, und müssen die übrigen dessen Arbeit mit verrichten. So ist es nichts Seltenes, daß von 24 Mann, welche in der Mälerei beschäftigt sind, oft 4, 5, auch 6 Mann Wochen lang krank sind, ohne daß für einen einzigen Ersatz geschaffen wird. Das dem Personal verabreichte Bier ist unübermerzlich und mitunter kaum zu genießen. Auch mit dieser Angelegenheit wird sich die am Sonnabend stattfindende Versammlung eingehend beschäftigen. Verschiedene Beschwerden über bestehende Mißstände wurden der Agitations-Kommission übergeben.

Wiesbaden. Sonnabend, den 27. Oktober, fand in der „Reformation zur Kolonnen“ hier unsere ordentliche General-Versammlung unter guter Beteiligung statt. Im ersten Punkt erstattete Kollege Dülberger den Rapport über das 3. Quartal und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Im zweiten Punkt erstattete Kollege Bösch den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Vereinsjahr. Mit Genehmigung konnten wir auf die Entwicklung im letzten Jahre zurückblicken. Die Mitgliederzahl sei um 76 Prozent gestiegen und wenn noch ein Jahr so weiter gearbeitet werde, so könnten wir wieder zurück in die Zukunft sehen. Die schlimmsten Schäden des letzten Kampfes seien wieder ausgebessert, aber damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Es müsse jedes Mitglied an dem Kampfe mitarbeiten, um unsere Organisation in Verein mit den Gesamtorganisationen zu einem festen Block gegen das Unternehmertum zu gestalten. Die Hoffnungen der Unternehmer, den Verband am Orte zu untergraben, sei nicht in Erfüllung gegangen. Mit Hilfe treuer Kollegen hätten wir wieder in allen hiesigen Brauereien Fuß gefaßt. Der ins Leben gerufene gewerkschaftliche Verein sei schon als Mittelglied gebildet und in den letzten Tagen habe sich die zweite Schicht des hiesigen Brauereiarbeitervereins gebildet. Es müßte zu bemerken, wenn durch letzter Jahresanfang und hochgebildete Fachwissenheit dieser abermals verstanden würde, denn wir könnten denselben nur als Agitator für den Verband bezeichnen, wodurch uns eine große Anzahl Kollegen in die Arme getrieben würden. Von guten wirtschaftlichen Brauereiarbeitern im letzten Jahre wurde der Verband zwar nicht reden, es habe Mühe gekostet, das Brauereiarbeitergesetz zu durchsetzen, und es sei notwendig, das Brauereiarbeitergesetz zu durchsetzen. Die zweite Schicht des hiesigen Brauereiarbeitervereins habe der Verband einen großen Erfolg gehabt, gegen die Eingriffe der Unternehmer einzutreten. Die Brauereiarbeiter hätten keinen Grund, sich zu beklagen. Heber die innere Thätigkeit des Verbandes, daß sie zu übermäßigem Maßstab in 19 Brauereien, 13 Mitglieder, eine Mitgliederzahl und einer im hiesigen Brauer- und Böttcher-Vereinigung beizubehalten. Ganz gleich es eines hiesigen Jahresbericht, dessen Inhalt hervorzuheben, daß auch in dieser Weise gewerkschaftlich gearbeitet wurde. Die mit abgelaufenem Bericht über den Verlauf des Jahres wurde dem Bericht vom 27.

friedensstellenden Leistung. Der 3. Punkt, Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Vertrauensleute, wozu sich ordnungsgemäß. Wiedergewählt wurden folgende Kollegen: Bösch erster Vorsitzender; Dülberger, erster Kassierer; Gräßle, erster Schriftführer. Neugewählt: Fischer, zweiter Vorsitzender; Schneider, zweiter Kassierer; Kraus, zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurde Kollege Dreiß wieder- und die Kollegen Richter und Mayer neugewählt. Als Vertrauensleute wurden mit Ausnahme in der Brauerei Kraus und „Durlacher Hof“ überall die alten wiedergewählt. Die Wahl des Fahnenträgers und dessen Begleiter, sowie des Trinkhornträgers wozu sich in aller Gemüthlichkeit. Nach einigen kurzen Anfragen ergriff der Vorsitzende das Schlusswort und forderte zum festen Zusammenhalten zur Organisation und zur treuen Unterstützung des neugewählten Vorstandes und der Vertrauensmänner auf.

Memmingen. Die hiesigen Mitglieder erfuchen wir, vollständig die Versammlungen zu besuchen und die unorganisierten Kollegen alle für die Organisation zu gewinnen. Strebe jeder Einzelige danach, daß auch der letzte Mann und jeder frisch zugeworbene Kollege dem Verbande beitrete und es uns möglich gemacht wird, unsere Verhältnisse auch einmal zu verbessern.

Neumünster. Am Sonntag, den 21. Oktober, tagte unsere Monatsversammlung mit der Tagesordnung: Aufnahme, Kartellbericht, Wahl eines Boten, Abrechnung vom 3. Quartal, Verschiedenes. Es ließen sich drei Mann aufnehmen. Sodann wurde der Kartellbericht verlesen. Es sollte in den Gewerkschaften die Zahl der Abonnenten der „Volkszeitung“ festgestellt werden. Es stellte sich heraus, daß ziemlich alle Kollegen Abonnenten sind. Kollege Sied wurde einstimmig als Bote wiedergewählt. Bei der Abrechnung vom 3. Quartal wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafte Debatte über die Entlassung der beiden Kollegen D. und R. Es sollte Wiedereinstellung der beiden Kollegen beantragt und den Herren der Farns-Brauerei ein Schreiben in diesem Sinne zugesandt werden. Um 6 Uhr Schluß der Versammlung.

Solingen. Am 23. Oktober fand wieder eine öffentliche Versammlung in der Reichshalle statt, zu welcher eine Anzahl Kollegen der umliegenden Jagststellen erschienen waren, jedoch war der Besuch aus Solingen selbst ein noch kläglicher als das erste Mal und sind doch die Zustände in Solingen noch recht verbesserungsbedürftig und deshalb auch eine Organisation sehr notwendig. Kollege Dued-Elberfeld referierte über die wirtschaftliche Lage im Braugewerbe und forderte zum Schluß die der Organisation noch Fernstehenden auf, sich der Organisation anzuschließen. Unter lebhaftem Beifall schloß er seine 1 1/2 stündige instruktive gehaltenen Rede. Unter „Verschiedenes“ tadelte ein Kollege das Verhalten der Kollegen in Dhlgs. Nach der letzten öffentlichen Versammlung mußte gleich am anderen Tag ein Arbeiter dem Geschäft den Rücken kehren. Leider wurde dieses seitens der dort beschäftigten Organisten mit Stillschweigen übergegangen. Dem Herrn Unternehmer möchten wir doch rathen, in Zukunft solche brutale Beispiele seiner Machtbefugnis zu unterlassen. Jedoch zeigt dieser Fall sehr drastisch, wie notwendig es ist, daß sich alle Mann dem Verband anschließen, um solchen Uebergriffen aus eigener Kraft wirksam entgegen treten zu können. — Nach einem ansehnlichen Schlußwort seitens des Vorsitzenden wurde die schwach besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Straubing. Hier tagte am Sonnabend, den 27. Oktober, eine Brauerverversammlung, in der Kollege Schrambs aus München zugegen war. Er schilderte die Verhältnisse in den Straubinger Brauereien, zumal die von der Dietl- und Reumeier-Brauerei, von welchen Brauereien es aber die Kollegen nicht der Mühe werth hielten, die Versammlung zu besuchen. Die Abneigung bei Dietl, einer Brauerei mit 16 Burschen, sind 5, 6, 7, 8 bis 10 Mk. pro Woche. Arbeitszeit von früh 3 1/2 bis 7 1/2 Uhr Abends. Bei Reumeier: Lohn monatlich 60 bis 70 Mk., Arbeitszeit von früh 4 bis 6 Uhr Abends, oft auch länger. Firma Geithner: beide Brauereien 16 bis 18 Burschen, 30 Mk. monatlich mit Kost. Brauerei Neibacher: 5 Burschen, Lohn 5, 7 bis 10 Mk. und Kost, ein Mann 60 Mk. ohne Kost. Sturmbräu: 8 Mann, Monatslohn 60 Mk. Seckbräu: 10 Mann, die Vergehalteten 60 bis 70 Mk. ohne Kost und die Ledigen 30 Mk. mit Kost, jedoch ohne Abendessen. Brauerei Köhl: 10 bis 12 Mann, Lohn 6 bis 7 Mk. Otterbräu: 4 Mann, Lohn 6 bis 7 Mk. Weidemann-Brauerei: 4 Mann, Lohn 30 Mk. monatlich ohne Abendessen. Die Arbeitszeit in allen Brauereien schwankt zwischen früh 3 und 4 Uhr bis Abends 6 und 7 Uhr, darum ist es auch höchste Zeit, daß auch die Kollegen in Straubing sich besser für ihre Organisation interessieren, um auch in diesem Orte bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen zu können. Nachstehende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heutige in der „Goldenen Gans“ tagende Brauerverammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schrambs aus München einverstanden. Die Versammlung protestirt gegen die überlange Arbeitszeit, insbesondere gegen die Vorenthaltung der gesetzlich gewährleisteten Sonntagsruhe und die geringe Lohnzahlung. Jeder Anwesende gelobt, dem Verbande deutscher Brauer und Berufsgenossen beizutreten, soweit es noch nicht geschehen, und unter seiner Berufs-Kollegen für Anschluß an diesen zu agitieren, in der Erkenntnis, daß nur einer guten Organisation es möglich ist, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.“ Nachdem sich noch 5 Kollegen aufnehmen ließen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Weilheim. In Nr. 35 unseres Blattes wurde die Massenmäßige Behandlung der Brauereiarbeiter in der Pauli-Brauerei, Besitzer Herr Gräßinger, und die in seinem Betriebe noch herrschenden Mißstände, die lange Arbeitszeit, schlechte Bezahlung, minderwertige Kost, die Nichtbeachtung der gesetzlichen Sonntagsruhe u. dergl. mehr erörtert. Als nun vor kurzer Zeit ein Kollege in einer Malzfabrik in Weilheim in Stellung trat und Herr Gräßinger erfuhr (wahrscheinlich durch Denunziation), daß dieser ein thätiges Mitglied der Brauereiarbeiter-Vereinigung sei, glaubte er die Stunde der Rache gekommen. Immer noch mehr solche „Rothe“ kommen raus von München, der muß sofort wieder raus aus Weilheim; Diejenigen, die bei mir im Verbande sind, müssen auch alle fort, wenn sie nicht aus dem Verbande austreten.“ Herr Gräßinger, Malzfabrikant und Arbeitgeber des hiesigen Kollegen, ein sehr biederer, und bescheidener Mann, erklärte, daß es ihm sehr leid thau würde, seinen Kollegen entlassen zu müssen, da derselbe ein sehr ruhiger und zuverlässiger Arbeiter sei. Jedoch als Abnehmer des in der Malzerei erzeugten Malzes würde Herr Gräßinger wahrscheinlich in verlieren, müßte Herr Gräßinger dem Kollegen kündigen. Mit fragen nun bei dieser Gelegenheit doch an, ob es einen größeren Terrorismus gäbe, wenn Arbeitgeber und Arbeiternehmer in guten Einvernehmen stehen und greift dann die Hand eines so terrorisirten Koch-Arbeiters in so brutaler Weise ein, um einen Arbeiter tolllos zu machen, nur einzig und allein wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation? Es wurde auch in bürgerlichen Kreisen diese Handlung sehr mißbilligt und es ist nicht nur zu bedauern, daß die Nachschubfrage nicht gelöst wurde, sonst hätte Herr Gräßinger auf eine schonen Zeit das Recht haben. Ueber diese Angelegenheit zur Rede gestellt, antwortete Herr Gräßinger, daß Alles nicht wahr sei, was in der „Brauer-Zeitung“ enthalten ist, er sei selbst 15 Jahre in Norddeutschland gewesen und wisse Alles besser. Sein Benehmen, als man ihn anfragt, um eine Unterbrechung ersuchte, bereitete aber zu der Annahme, daß er 30 Jahre bei dem Müden in der Norddeutschen gewesen ist, als 15 Jahre in norddeutschen Brauereien. Auf einige ergangene Ermahnungen seitens der betheiligten Kollegen, ob

Die in Nr. 30 der „Brauer-Zeitung“ veröffentlichten Zustände auf Wahrheit beruhen, wurde ihm mitgeteilt, daß es noch viel schlimmer als angegeben sei. B. begehrt Herr Grabinger dem Bierheber für eine tägliche 12-14 stündige Arbeitszeit nur 5 Mark 30 Pf. pro Woche, auch müssen auf seinen Befehl die Braugefäße, welche die Reinigung der Biergefäße besorgen müssen, Wärrite putzen; und wer das nicht thut, kann gehen, äußerte Herr Grabinger. Als neulich diese Kollegen mit dem Herrn Fabrikinspektor für Ober-Bagern in Weisheim eine persönliche Besprechung hatten, entpuppte sich Herr Grabinger als Angeber der größten Unwahrheiten. Dem Herrn Fabrikinspektor hatte er angegeben, daß bei ihm Alles in bester Ordnung wäre betreffs der Arbeitszeit und Sonntagsruhe; bei ihm gebe es bei den geleglichen Feiertagen bloß 3 Stunden Arbeitszeit und jeden dritten Sonntag frei. Nun liegt die Sache so, daß zu den „drei Stunden“ noch drei und mehr dazu kommen und anstatt den 3. Sonntag frei hat einer die bekannte Dujour von 18 bis 20 Stunden; das ist der „freie Sonntag“. Von Seiten der Fabrikinspektion wird Herr Grabinger in Zukunft besser auf die Finger gesehen und ist das auch sehr notwendig. — Wenn solche Herren aber glauben, durch solche, wie die hier geschilderten Gewaltmaßregeln die Organisation wirksam bekämpfen zu können, so irren sie sich gewaltig; sie werden mit der Zeit erfahren, daß die Wirkung eine entgegengesetzte sein wird, als wie sie beabsichtigen. Je mehr solche Maßregelungen vorkommen, desto mehr tragen die Herren selbst zur Ausbreitung der Organisation bei, denn kein ehrenhafter Kollege läßt sich durch solche Schredschüsse von seiner von ihm als recht erkannten Ansicht abbringen. Nur mutig vorwärts, Kollegen von Weisheim, dann werden auch hier bessere Verhältnisse Platz greifen, trotz Alledem.

Bewegungen im Berufe.

† Halle. Da im Jahre 1898 die hiesige Zahlstelle mit den Ringbrauereien Vereinbarungen abschloß, und selbige mit dem 1. September abliefen, aber am 1. Juni gekündigt werden mußten, so ersuchte die Lohnkommission die Ringbrauereien, mal eine Ausnahme zu machen und den 1. April als Termin festzusetzen, da im Sommer zu den Verhandlungen die Hälfte der Herren verreiselt sind. Auf diesen Vorschlag gingen die Brauereien nicht ein, und so wurden denn in verschiedenen Sitzungen mit den Herren folgende Vereinbarungen getroffen: Zwischen den unterzeichneten Brauereien und der Lohnkommission der Brauer und Brauereiarbeiter wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Vom 1. Oktober 1900 ab beträgt der Mindestlohn für gelernte, außerhalb der Brauerei wohnenden Arbeiter (Brauer, Wöttcher, Maschinenisten) 24 Mk., für Hilfsarbeiter 21 Mk., für Bierfahrer 21 Mk.
2. Ueberstunden an Wochentagen für gelernte Arbeiter (siehe Paragraph 1) 45 Pfennig, für Hilfsarbeiter 40 Pfennig pro Stunde.
3. Sonntagsüberstunden werden mit je 10 Pfennig pro Stunde mehr vergütet.
4. Sonntags-Dujour 2 Mk.
5. Die wöchentliche Lohnzahlung hat am Freitag stattzufinden.
6. Wird eine Brauerei boykottiert, so ist sie nicht an die Lohnbestimmungen gebunden.
7. Die festgesetzten Abmachungen haben Gültigkeit bis zum 1. April 1902, und müssen 1/4 Jahr zuvor (am 1. Januar 1902) gekündigt werden, sobald von einer der beiden Parteien eine Aenderung gewünscht wird.

Halle a. S., den 20. September 1900.
E. Bauer.
Wilhelm Wandschuh, Brauereibesitzer a. S. und Siebichsenstein, Aktien-Gesellschaft zu Halle a. S. A. Müller.
Halleische Aktien-Brauerei S. Schneider.
Altbrauerei Feldschlösschen vorm. G. u. S. Schulze, Halle a. S. Schulze.
Halleische Weizenbier-Brauerei Martin Schneider, Inhaber Albert Morrell, Hermann Freyberg.

Die Lohnkommission:
1. B. Hugo Daake, Wilhelm Seyth.
Die Halleische Brauerei ging auf den Vorschlag nicht ein und zahlte schon seit dem 1. April die 3 Mk. Lohnzulage für alle Kategorien und ist in diesem Betriebe die Sonntagsarbeit für den inneren Betrieb gänzlich abgeschafft und werden etwa zu leistende Sonntagsarbeiten pro Stunde mit 50 Pf. bezahlt, bezugnehmend die Wochenüberstunden mit 50 Pf. Die anderen Brauereien haben nur eine Zulage von 2 Mk. gewährt. Daß nicht mehr herausgeprungen ist, daran ist nicht etwa die Kommission Schuld, denn diese hat, ohne ein Wort für sich in Anspruch zu nehmen, ihre Arbeit so gut wie möglich ausgeführt. Nein, die Unreinigkeit unter den hiesigen Brauereiarbeitern, die verhältnismäßig geringe Zahl der zur Organisation gehörigen, zu der noch ein paar Hundert gehören müssen, um noch mehr durchdrücken zu können — das ist der Hemmschuh. Nun, vielleicht lernen es die uns noch fernstehenden einsehen, daß nur durch eine strenge Organisation etwas zu erreichen ist und melden sich als Mitglieder.

† Langensalza. In der Monatsversammlung vom 8. November wurde nach Erledigung der Aufnahmen seitens der Lohnkommission Bericht über die an die Brauerei Gesellschafter eingereichten Forderungen erstattet. Dieselben lauten:

1. Arbeitszeit von 6-7 Uhr mit 1/2 stündiger Frühstück-, 1 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Vesperpause.
2. Anfangslohn 14 Mk. Diejenigen, welche einen Lohn von 13 Mk. und mehr bekommen, erhalten eine 20prozentige Lohnhöhung. Bei den Winterrenten soll der Lohn halbjährlich mit 1 Mk. steigen bis zu 17 Mk. betragen. Den Biertrinkern ist beim Ueber-Band-Fahren ein der Fahrt entsprechendes Gehalt zu bewilligen.
3. Die gelegliche Sonntagsruhe, d. h. jeden 3. Sonntag 26 Stunden frei; zwei Drittel des Personals haben zu arbeiten, jedoch nur die notwendigen Arbeiten, und darf die Zeit von 6-9 Uhr Morgens nicht überschritten werden. Jede weitere Arbeit wird als Ueberstunde berechnet.
4. Für Sonntags-Dujour 1 Mk., von 3 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends.
5. Sollte der Betrieb eine längere Arbeitszeit als von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends resp. am Sonntag und Festtagen von 3 Stunden bedingen, so ist die Freizeit unentgeltlich fortzusetzen, wird aber pro Mann und Stunde mit 30 Pf. vergütet.
6. Lohnzahlung findet Sonnabends statt. Rückzahlungen dürfen nicht stattfinden.
7. Die Forderungen wurden mit geringen Abweichungen bewilligt.

Die Beschaffung über Abhaltung eines Stiftungsfestes wurde einer Kommission übertragen.
† Leipzig. Ueber wichtige Verhältnisse in der Brauerei Wagner in Sebnitz (früher Kochbäuer) führten die Kollegen in letzter Zeit bitter Klage. Die Arbeitszeit war sehr unregelmäßig und das sie allgütig konnte auch nicht gerade behauptet werden. Als letzter Hoff wurde vor Allem die Dujour empfunden, die sich Abends bis 11 Uhr und nach weiter erstreckte. Trotzdem mühten die von der Dujour Betroffenen am anderen Morgen um 5 Uhr wieder zur Arbeit antreten und brachten die Kollegen eine Arbeitszeit von 17-18 Stunden zusammen. Nur ein Kollege noch so „übermühtig“, daß er Abends müde und kam nach 11 Uhr nach Hause, so mußte er erst den Primordial-Defäkation, der ihn dann erlöste, was

dem Kollegen gerade keine Schmeichelein eintrug, denn was braucht ein Arbeiter auch noch auszugehen? Durch die Intervention des Vorstandes der Zahlstelle Mainz sind nun die betreffenden Mißstände beseitigt. Auf ein diesbezügliches, an Herrn Wagner gerichtetes Schreiben wurde den Kollegen mitgeteilt, daß er ihren dargelegten Wünschen — Regelung der Arbeitszeit, gänzliche Abschaffung der Dujour, Gewährung eines Hauszuschusses, Wochenlohn 21 Mk. mit Logis und noch halbtägige einjähriger Dienstzeit eine entsprechende Wohnzulage — entsprechen würde. Dieses Entgegenkommen von Seiten des Herrn Wagner, sowie des Herrn Braumeisters Weisshaupt kann nur anerkannt und vor allen Dingen den Besitzern der Wainger Brauereien zur Nachahmung empfohlen werden, denn auch dort liegt noch gar Manches im Argen.

† Mübendorf bei Suhl (Thür.). In der Brauerei Reil erhielten die Kollegen früher 10 Mk. Lohn pro Woche und Kost. Die Kost war miserabel, deshalb forderten die Kollegen 20 Mk. pro Woche ohne Kost. Dieses wurde ihnen anstandslos bewilligt und am Sonnabend, den 26. v. Mts., danach ausbezahlt. Doch am Montag früh wurden sämtliche Kollegen unverhofft entlassen, die Betriebsleitung hatte inzwischen Andere für sie eingestellt. Eine „seine“-Irma! Hoffentlich zahlt sie wenigstens den Lohn weiter und hat dieser ganz gewöhnliche Trick nicht dazu gedient, die Leute auch wieder als Kostgänger zu erhalten.

† Ogerstheim. Durch die um sich greifenden Mißstände und das zu verurteilende Benehmen einiger Vorgesetzten sahen sich die Kollegen an hiesigen Orte veranlaßt, an die Geschäftsleitungen heranzutreten, um die Beseitigung der Mißstände sowie zugleich eine Lohnhöhung zu fordern. Einer dreigliedrigen Kommission, welche mit den Herren Brauereibesitzern Mayer und Gauß unterhandelte wurden auch anerkenntenswerthe Zusagen gemacht, jedoch durch Schuld des Herrn Mayer zum größten Teil wieder zurückgezogen. Die Kollegen wandten sich nun an das Gewerkschafts-Kartell und dieses berief eine Volksversammlung ein, in welcher Kollege Kraus aus Mannheim referierte. Dieser ging mit dem sonderbaren Verhalten der Brauereibesitzer scharf ins Gericht, auch sämtliche übrigen Redner traten energisch für die Forderungen ein. Am Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Volksversammlung erkennt die Ausführungen des Referenten, sowie die der übrigen Redner als voll und ganz berechtigt an, und hält es für ihre Pflicht, die gestellten Forderungen hoch zu halten und bis auf das Allerletzte durchzuführen. Um dieses zu bewerkstelligen ist eine Kommission, bestehend aus 3 Brauereibesitzern, sowie 5 Vertretern vom Kartell, zu wählen. Diese hat mit den Brauereibesitzern in Verbindung zu treten.“ Es wurde nun ein Schreiben an die Brauereien abgefaßt, mit dem Ersuchen, bis spätestens Mittwoch Abend Antwort zu Händen des Kartellvorsitzenden zu geben. Da keine Antwort erfolgte, so beschloß man sämtliche Arbeiter der Brauerei Gauß, sowie die große Mehrzahl der Brauerei Mayer, am Donnerstag Nachmittags die Kündigung einzureichen und am folgenden Sonnabend die Arbeit niederzulegen. Kurz vor Einreichung der Kündigung machten die beiden sozialdemokratischen Stadträte Jakob Andres und Heinrich Schmitt den Versuch einer Verständigung zwischen den Arbeitern und den Brauereibesitzern, welcher auch gelang und wurden folgende Bedingungen angenommen: 1. Der Lohn der Brauer und Küfer beträgt in den zwei ersten Jahren 24 Mk., im dritten und vierten Jahre 25 Mk., im fünften Jahre 26 Mk. (bisher für sämtliche 24 Mk.). Ueberstunden werden Sonntags mit 55 Pf., Werktag mit 45 Pf. vergütet (bisher 50 u. 40 Pf.). Pünktliche Einhaltung der Arbeitszeit von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr. Jeden 2. Sonntag vollständige Ruhe, an den übrigen sind 2 Stunden zu arbeiten (bisher jeden 3. Sonntag frei). 2. Der Lohn der Bierfahrer beträgt 21 und 22 Mk. (bisher 20 und 21 Mk.). Die Arbeitszeit wird möglichst auf die Zeit von 5-7 Uhr beschränkt. Im Winterhalbjahr können dieselben abwechselnd Sonntags vollständig frei nehmen, da kein Bier ausgefahren wird. Unständiges Gehalt wird bezahlt. 3. Der Lohn der Heizer beträgt 22 Mk. (bisher 21 Mk.). Die Arbeitszeit derselben ist im Sommer von 6-6 Uhr, im Winter wird der Heizer zu der Zeit, wann er Morgens beginnt, Abends abgelöst (bisher unbestimmt). 4. Der die Bierabgabe an Sonntagen versiehende Arbeiter wird mit 3 Mk. vergütet. 5. Der Zapfwang wird abgeschafft. 6. Unständige Behandlung dem Personal gegenüber wird aufgehoben. 7. Errichtung eines Wasch- und Ankleideraumes. 8. Einführung einer Arbeitsordnung. Wenn nun auch das Ertrugene nicht so ausgefallen ist, wie wir es gerade wünschten, so können wir doch mit demselben, zumal noch in so später Jahreszeit, zufrieden sein. Auch an die Malzfabrik König u. Herz wurde ein Schreiben gefandt betreffs Lohnhöhung und Arbeitszeiterhöhung. Betreffende Firma erklärte jedoch, sie wäre auf der höchsten Leistungsfähigkeit angelangt und könne nicht mehr Lohn bezahlen wie 24 Mk. Die Arbeitszeit jedoch wurde von 6-6 Uhr eingeführt (bisher von 5-7 Uhr). Daß die Malzfabrik nicht mehr bezahlen kann, darf man wohl nicht ernst nehmen, denn sämtliche anderen der Umgegend bezahlen schon mehr. Wir möchten daher die Zeitung bitten, sich die Sache noch einmal zu überlegen.

Eingekandt.

Dresden. In einer Notiz in einer der letzten Nummern der „Brauer-Zeitung“ wurde darauf hingewiesen, daß die hiesigen Kollegen einer Maßregelung von 12 Wöttchern auf der Waldschlösschen-Brauerei zufolge in der „Wöttcherzeitung“ aufgeführt worden. Es hieß da, daß die Wöttcher bei allen Instanzenwegen, die sie einschlagen mußten, um in der Sache der Waldschlösschen-Brauerei Unterstützung bei der Arbeiterschaft zu erlangen, von den Brauereibesitzern in der schärfsten Weise hinterläßt angefordert wurden, um die verlangte Unterstützung zu vereiteln. Die Hauptsache soll Kollege Ahlers getragen haben, der sich in sämtlichen Verhandlungen mit der Partei und dem Gewerkschaftskartell einmischte und mit der erlogenen Behauptung auftrat: Herr Lauber — die Differenz rührt von dem Streit der Wöttcher in der Lauberschen Gashabrik her und aus dieser heraus ist auch die Maßregelung im Waldschlösschen entstanden, da die dortigen Wöttcher sich weigerten, Laubersches Gash zu verarbeiten — Herr Lauber hätte Alles bewilligt, was die Wöttcher verlangten, somit wäre für ihn die Sache beigelegt, und wenn die Wöttcher immer noch mit Herrn Lauber in Differenzen länden, so sei das nur auf eine Forderung (?) zurückzuführen und könne er die Dresdener Arbeiterschaft nur abrathen, irgendwie für die Wöttcher einzugreifen.“ Es wird dieses ein schändliches Rollenpiel genannt, von (Gaden) Personen erlassen und aufgeführt. Es soll auch nach der ferneren Behauptung nach Bekanntwerden der Maßregelung eine Konferenz stattgefunden haben, an welcher Redakteur Fleißner („Sächs. Arb.-Ztg.“) geladen war und in welcher beschlossen werden sein soll, den Wöttchern bei ihren Differenzen mit der Waldschlösschen-Brauerei alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Dies soll dadurch bewiesen sein, daß sämtliche Eingendungen an die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ von Seiten der Wöttcher zurückgewiesen wurden. Im Weiteren wurde noch behauptet, daß sich die organisierten Brauer bald die Gaden abtrümmen, um in die Stellen der ausgesperrten Wöttcher hineinzuwachen, soweit sie deren Arbeit verrichten können; daß sie sich nach Waldschlösschen abteilen. — Der „Sächs. Arb.-Ztg.“ ist der Wöttcher Joh. Bagniewski, nur zu bekannt unter der organisierten Arbeiterschaft, ein Mann, der für sein Thun und Reden nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die ganze Situation, die er

durch seine Unfähigkeit heraufbeschworen hat, sucht er durch Inzentrirung eines Streites zwischen den beiden Organisationen der Brauer und Wöttcher zu verwischen, indem er die Brauer für alles Uebel verantwortlich macht und alle mögliche Bögen erfindet, um seinen Behauptungen den Schein der Berechtigung zu geben und seine werthe Person reinzuwaschen. Zur Kennzeichnung der Person Bagniewski's und des Wertes seiner Behauptungen diene Folgendes: Die „Sächs. Arb.-Ztg.“, welche in ähnlicher Weise wie die Brauer und das Gewerkschaftskartell beschuldigt wurde, schrieb zu dieser Sache Folgendes:

„Diese ganzen Anschuldigungen, die mit einer geradezu beispiellosen Selbstfertigkeit gegen die Vertreter der Dresdener Arbeiterschaft erhoben worden, sind so schwerer Natur, daß sich die maßgebenden Stellen damit zu beschäftigen haben werden. Wir wollen daher darauf nicht näher eingehen, nur eine Probe der wissenschaftlich unwahren Behauptungen geben, soweit sich um unsere Zeitung handelt. Es steht wörtlich in der „Wöttcher-Zeitung“, daß die geschehen, beweist, daß sämtliche Eingendungen der Wöttcher zurückgewiesen wurden.“ Das ist eine ganz ungeheuerliche, faule, d. h. wissenschaftlich unwahre Sache bezügl. Eingendung der Wöttcher zurückgewiesen, sondern nur eine der Notizen, die alle Ausnahmefälle, ungeachtet, ohne daß, wie sofort festgestellt wurde, etwas Wesentliches fortgelassen worden wäre. Die „Wöttcher-Zeitung“ ist von ihrem hier in dem Falle uns ja bekannten Berichtstatter offenbar gehörig hineingelegt worden.“ Diese Kennzeichnung des Bagniewski allein dürfte schon genügen zu der Ueberzeugung, daß B. nicht ernst genommen werden kann. Doch um auch den organisierten Wöttchern ein richtiges Bild zu geben, wurde gleichzeitig in der „Wöttcher-Zeitung“ die Sache in den in Betracht kommenden Punkten der Wahrheit entsprechend richtig gestellt, mit äußerster Schonung des B., mit dem man nach Allem nur Mittel haben kann. Hierauf antwortete Bagniewski in einer „Offenen Antwort“ an den Unterzeichneten, den Einsender der Entgegnung, in der „Wöttcher-Zeitung“, nach der man nicht weiß, ob die Konfuzität oder die Liebe zur Buge bei ihm mehr ausgeprägt ist. Es würde zu weit führen, alle die wiederholten Beschuldigungen noch einmal aufzuführen, ich will sie so ausführlich als möglich gleichzeitig mit der Beantwortung folgen lassen, und zwar erlaube ich mir, die „Brauer-Zeitung“ dazu in Anspruch zu nehmen, da die Redaktion der „Wöttcher-Zeitung“ die zweite Entgegnung auf Bagniewski's wiederholte und verneinte Beschuldigung nicht aufgenommen hat. Zunächst sei konstatirt, daß B. auf die ihm von der „Sächs. Arb.-Ztg.“ applizierte vorläufige Ohrfeige für seine wissenschaftlichen Unwahrheiten gar nicht reagirt hat, er hat sie als verdient ruhig eingestekt und — lügt weiter. — Zunächst behauptete B., Ahlers habe durch unwahre Berichte in der öffentlichen Versammlung vom 12. September die Sympathie der Versammlung den Wöttchern gegenüber zu vereiteln gesucht und zwar dadurch, indem er erklärte, Gelegenheit gehabt zu haben, bei Herrn Lauber vorstellig zu werden, wo Herr Lauber erklärt habe, daß er die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt und die Streikenden nach Bedarf wieder einzustellen gewillt sei. Diese „unwahren Berichte“ von der Bewilligung Laubers soll Ahlers in der kombinierten Sitzung der maßgebenden Institutionen, in der die Sache entschieden werden sollte, nochmals vorgebracht und davon abgethan haben, für die Wöttcher eingetreten. Wir wollen hier B.'s Gedächtnis ein bißchen auffrischen und prüfen, wo die „unwahren Berichte“ sind. Die Sache liegt so: Gelegenheit des Kadeberger Streiks, als die Kommission der Brauer, Wöttcher und Küfer mit der Direktion der Kadeberger Exp. B. unterhandelte, wurde man sich schlüssig, auch bei Herrn Lauber vorstellig zu werden. Bei dieser Unterhandlung waren vertreten: Bagniewski, Ahlers und der Unterzeichnete. Das, was dort geschah, dient nicht nur zur Feststellung der Wahrheit, sondern auch in außerordentlichem Maße zur weiteren Kennzeichnung Bagniewski's. Mit welchen Redensarten Herr Lauber Bagniewski begrüßte, will ich aus Anstandsgefühl und aus Rücksicht auf B. verschweigen. Ein Grund dazu muß Herr L. doch gehabt haben, sonst hätte B. doch geantwortet. Als Herr Lauber ferner meinte, mit dem Wöttcher-Starte hätte er sich gerne unterhandelt, weil man mit diesem doch ein vernünftiges Wort reden könne, und Bagniewski die Unwahrheiten und Verleumdungen vorhielt, die er ausgesprochen haben soll, da sagte B.: „Jetzt soll ich an Allem schuld sein, Starke hat ebenfalls mitgeholfen!“ Das ist charakteristisch für B., nicht wahr? Ferner hat Herr Lauber in Gegenwart von Bagniewski, Ahlers und dem Unterzeichneten erklärt: Er habe die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt und dieses dem Gewerkschafts-Kartell anzeigt, dort sollten wir uns darnach erkundigen, und Thatsache ist, daß dieses auch in der Arbeitsordnung als Nachtrag eingefügt ist. Ferner erklärte auch Herr L., daß er die zwei Mann nach Bedarf wieder einstellen wolle. Dieses hat auch Ahlers erklärt. Auf welcher Seite sind da nun die „unwahren Berichte“? Und wenn Ahlers auf Grund dieses nicht damit einverstanden war, daß deshalb ein zweiter Boykott verhängt werden sollte, so sind dieses die sehr gewichtigen Gründe dafür, die zu begreifen wir nach Alledem allerdings B. nicht zumuthen. Ferner ist die Behauptung B.'s falsch, daß Kollege Bauer-Gannover die Gewerkschaften der Brauer, Wöttcher und Transportarbeiter in der betreffenden Versammlung aufgefordert haben soll, „energisch gegen die Waldschlösschen-Brauerei vorzugehen.“ Bauer erklärte: Man wolle sich und wisse nicht warum! Es sei selbstverständlich, daß die Brauer hier ebenfalls mit eingreifen müßten, bestimmte Beweise aber die Waldschlösschen-Brauerei könnten wir heute nicht lassen, dieses sei Sache des Gewerkschafts-Kartells. Daß das Gewerkschaftskartell nach wahrheitsgetreuer Darlegung des Sachverhalts, wozu eigentlich die Vertreter der Wöttcher, speziell Bagniewski, verpflichtet waren, und nach Lage der Sache ein Vorgehen abzulehnen, kann wohl jeder vernünftige Mensch begreifen. Nochmals wiederholt Bagniewski die Behauptung von einer stattgefundenen Konferenz der Brauer mit Redakteur Fleißner, in welcher die Brauer sich gegen die Wöttcher ausgesprochen. Und nochmals konstatiren wir, daß dieses eine Unwahrheit ist und keine Konferenz stattgefunden hat, und wir wollen hoffen, daß B. dafür sorgt, daß jetzt eine Konferenz stattfindet, in welcher er selbst, Ahlers, Fleißner, der Unterzeichnete und die beiden Kronzeugen in erster Linie vertreten sind, dann wird sich ja herausstellen, wer mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht. B. führt als Beispiel ferner an, daß Ahlers sich erlaubt habe, ohne Auftrag wegen eines entlassenen Wöttchers in der Unionbrauerei vorstellig zu werden und dann in der Versammlung zu erklären: der Direktor habe gesagt, der Mann sei zu Recht entlassen und damit wäre die Sache abgethan, und würde er von nun an dafür sorgen, daß Artikel von Wöttchern, die gegen eine Brauerei gerichtete sind, in die „Sächs. Arb.-Ztg.“ nicht aufgenommen würden. Ahlers ist nicht wegen der Entlassung eines Wöttchers, sondern wegen eines Uebels vorstellig geworden, da die zur Union zugehörige Brauerei Schneiders Erben ohne Demuthung des Arbeitsschlichters Rente eingestellt hatte. Bei dieser Gelegenheit kam der Fall des entlassenen Wöttchers zur Sprache, wobei Ahlers ebenso wie die Kommission der Wöttcher falsch unterrichtet wurde. Ueber den Fall in der Unionbrauerei

